

Gemeinsame Tagung
des ÖVP-Parlamentsklubs
und des Geschäftsführenden Vorstandes der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
am 7. und 8. Juli 2014 in Wien

Perspektiven für die EU-Beziehungen zur Ukraine und zu Russland

Die völkerrechtswidrige russische Annexion der Krim und die Destabilisierungsaktivitäten Russlands im Osten der Ukraine haben zu einer der schwersten Krisen in Europa seit Ende des Kalten Krieges geführt. **Europa ist unsicherer** geworden. Russland stellt durch sein Vorgehen die über viele Jahre erarbeiteten Regelwerke der europäischen Sicherheitsarchitektur in Frage. Dies ist ein erheblicher Rückschlag für die in über vierzig Jahren aufgebaute europäische Friedensordnung. Unsere Partner in Mittel- und Osteuropa, besonders auch unsere EU-Partner Polen und die baltischen Staaten, fühlen sich dadurch in ihrer Sicherheit bedroht.

Russland und Europa befinden sich in einem systemischen Konflikt. Dieser zeigt sich insbesondere in den unterschiedlichen Wertvorstellungen, Interessen und Mitteln, mit denen sie die weitere Entwicklung Europas angehen. Unsere Aufgabe ist es, unsere **Nachbarn** - insbesondere die Ukraine, Moldau und Georgien - auf ihrem selbstbestimmten Weg zu **unterstützen** und altem Denken in Einflusssphären aus dem 19. und 20. Jahrhundert mit den Antworten des 21. Jahrhunderts, den Mitteln des Rechts, der Softpower, insbesondere des Dialogs und der Integration, zu begegnen.

Das alles erfordert eine **Neubestimmung** der EU-Politik gegenüber Russland.

Wir haben nach wie vor ein strategisches **Interesse an** einer engen **Zusammenarbeit** mit einem starken, politisch und wirtschaftlich modernen, rechtsstaatlich und demokratisch handelnden Russland. Denn eine stabile und prosperierende Entwicklung Europas wird am besten mit Russland zu erreichen sein. Dafür muss Russland durch konkrete Maßnahmen eine neue Vertrauensgrundlage schaffen.

Umgehend müssen die russischen Aktivitäten zur Destabilisierung der **Ukraine** gestoppt und dem Friedensplan des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko die erforderliche Unterstützung gegeben werden. Russland muss seine Grenzen so kontrollieren, dass nicht weiter Kämpfer, Waffen und Munition in den Südosten der Ukraine gelangen können; der russische Präsident Putin muss seinen **Einfluss auf die Separatisten** geltend machen, damit sie von Gewalt und Einschüchterung Abstand nehmen, die Waffen abgeben und die

Besetzungen beenden. Zudem ist es wichtig, dass Moskau öffentlich die territoriale Einheit der Ukraine stützt und alle Bestrebungen zur Abtrennung eindeutig ablehnt. Wir werden die russische **Annexion der Krim nicht anerkennen**. Wir sind sehr besorgt über die zunehmende Verschlechterung der Menschenrechtslage auf der Krim. Sollte Russland weiterhin zur Destabilisierung der Ukraine beitragen, sind wir bereit und entschlossen, gemäß des vom Europäischen Rat im März dieses Jahres beschlossenen 3-Stufen-Plans weiter vorzugehen, der in seiner dritten Stufe auch die Möglichkeit von wirtschaftlichen **Sanktionen** gegen Russland vorsieht, wenn unsere Regierungen sie für notwendig halten.

Wir haben ein überragendes strategisches Interesse daran, dass unsere östlichen Nachbarn nicht in einem instabilen „Zwischeneuropa“ zwischen der EU und Russland hin- und hergerissen werden oder politischen und wirtschaftlichen Hegemonie-Bestrebungen Moskaus ausgesetzt sind. Dennoch werden diese Staaten auch notwendigerweise weiterhin den Dialog und die Zusammenarbeit mit allen regionalen Akteuren suchen müssen. Ziel ist eine demokratische, rechtsstaatlich gefestigte und wirtschaftlich prosperierende Nachbarschaftsregion, die die Sicherheit und Stabilität ganz Europas stärken wird. Die zwischen der EU und der Ukraine, Moldau und Georgien vereinbarten **Assoziierungsabkommen** sind ein wesentlicher Beitrag dafür. Beide Seiten haben mit diesen Abkommen ihr nachhaltiges Interesse an einer immer engeren politischen und wirtschaftlichen Perspektive in Europa bekundet. Insofern wollen wir die Zusammenarbeit mit diesen Ländern zu einer Erfolgsgeschichte machen. Uns ist klar, dass uns dies auch erhebliche finanzielle Anstrengungen abverlangen wird. Doch es geht nicht nur um diese drei Länder – es geht um Frieden, Sicherheit und die Stärke des Rechts in ganz Europa.

In diesem Sinne werden wir die **Ukraine** weiter intensiv unterstützen. Das gilt für die von Präsident Poroschenko genannten Ziele, den nationalen Dialog fortzusetzen, die **Verfassungsreform** voranzutreiben, die Rechte der Regionen durch eine Dezentralisierung zu stärken und den Status der Minderheitensprachen zu regeln. Die legitimen Interessen der Regionen und Minderheiten müssen berücksichtigt werden. Die politische und wirtschaftliche Modernisierung muss allen Menschen und Regionen zugutekommen – insbesondere auch die Menschen im Osten und Süden des Landes müssen einbezogen werden. Wir begrüßen die Absicht, im Herbst vorgezogene Parlamentswahlen durchzuführen – auch als weitere wichtige Grundlage für die dringend notwendigen Reformen.

Wir begrüßen, dass die Europäische Union und die einzelnen Mitgliedstaaten sowie andere internationale Akteure, wie die OSZE oder der Europarat, umfangreiche **Unterstützung für** die schwierigen **Reformen** zur Gewährleistung von Rechtssicherheit und demokratischen Verfahren, den Aufbau von verlässlichen

staatlichen Institutionen und eine entschlossene Bekämpfung der weit verbreiteten Korruption im Lande zugesagt haben.

Diese Reformen sind unverzichtbar, um die **Ukraine ökonomisch zu stabilisieren** und darauf aufbauend wirtschaftliches Wachstum zu schaffen. Die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens, die Herstellung einseitiger Zollerleichterungen, das Hilfspaket für die makroökonomische Stabilisierung und die IWF-Unterstützung sind wichtige Maßnahmenpakete, die durch nationale Maßnahmen ergänzt werden müssen. Die anstehenden Reformen werden von den Menschen in der Ukraine viel abverlangen und bergen die Gefahr sozialer Spannungen, die leicht politisch missbraucht werden können. Wir fordern deshalb unsere Regierungen und die EU-Partner auf, die Ukraine umfassend und nachhaltig zu unterstützen, damit ihr schwieriger Weg der Reformen zu einem Erfolg wird. Dazu muss auch gehören, dass Visa-Freiheit so bald wie möglich hergestellt wird.

Für die Neubestimmung der Politik gegenüber Russland ist **Geschlossenheit der EU-Partner** die wichtigste Grundlage. Wir müssen davon ausgehen, dass Russland wie schon in der Vergangenheit versuchen wird, die EU zu spalten. Wir begrüßen sehr, dass die EU als eine Gemeinschaft von 28 Mitgliedstaaten mit unterschiedlichen Interessen gegenüber Russland bisher große Geschlossenheit gezeigt hat. Wir fordern unsere Regierungen auf, alles zu tun, damit diese Geschlossenheit auch weiterhin erhalten bleibt.

Die EU muss sich - insbesondere in ihren **Energiebeziehungen** - unabhängiger von Russland machen. Wir werden unsere Anstrengungen fortsetzen, um mehr Versorgungssicherheit und Transparenz herzustellen und dauerhaft die zum Teil sehr hohe Abhängigkeit von russischem Gas und Öl zu verringern. Dafür müssen auch die Energie-Infrastrukturprojekte beschleunigt umgesetzt und Lieferwege diversifiziert werden. Dies muss auch gelten, wenn sich die Beziehungen zwischen der EU und Russland wieder deutlich verbessern sollten.

Russland muss alles dafür tun, um verlorenes **Vertrauen zurückzugewinnen**. Über die bereits genannten Maßnahmen hinaus muss die russische Regierung beispielsweise überzeugend darlegen, dass sie ein echtes Interesse an erneuerten, breiten und nicht wie in der letzten Zeit selektiven EU-Russland-Beziehungen hat. Dazu gehört auch, dass bei der Neugestaltung der EU-Russland-Beziehungen die berechtigten Interessen der gemeinsamen Nachbarn auch von Russland berücksichtigt werden. Russland muss gegenüber diesen Ländern auf seine hegemonialen Konzepte „eingeschränkter Souveränität“ und auf revisionistische Tendenzen verzichten und die Prinzipien der Souveränität, der territorialen Integrität und der Gleichberechtigung wieder achten.

Wenn Russland ein echtes Interesse an einer engen und breiten Zusammenarbeit mit der EU hat, dann muss es das konkret zum Ausdruck bringen und dann wird es dafür ein großes Kooperationsfeld gemeinsamer Interessen geben können: Von der Frage der Wiederaufnahme der Visa-Liberalisierungs-Gespräche über eine echte Modernisierungspartnerschaft zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit als Grundlage für einen Ausbau von Know-how-Transfer und Investitionsbereitschaft bis hin zu der Verwirklichung einer gemeinsamen Freihandelszone von Wladiwostock bis Lissabon. Dann ist auch wieder die Grundlage für eine „strategische Partnerschaft“ gegeben.

Wien, 7. Juli 2014